

ENTGANGENE CHANCE FÜR DIE KOMMUNEN

Linksbündnis hemmt zukunftsweisende Reform

Ein Virus grassiert im oppositionellen Lager. Erst war nur die Linkspartei gegen alles – die Neo-Kommunisten machten noch nie einen Hehl daraus, dass sie nur kritisieren wollen. Als nächstes die Grünen: Mit ihrem vehementen Nein zum Ausbau des Strom- und des Schienennetzes zerschossen sie ihr Image als Partei der Öko-Energie und des Bahnverkehrs selbst. Inzwischen ist auch die SPD infiziert. Es gibt kaum eine Position aus ihrer Regierungszeit, zu der die SPD noch steht.

Unverantwortliche Blockade

Daher überrascht es nicht, dass die SPD auch die wichtigen Regierungsvorhaben zur Neuordnung des Arbeitslosengeldes II weiterhin verzögert. Völlig verdrängt haben die Sozialdemokraten, dass die christlich-liberale Koalition einen handwerklichen Fehler von Rot-Grün beseitigen muss. Immerhin hatte das Bundesverfassungsgericht beanstandet, dass die Hartz-IV-Regelsätze unter Schröder nicht transparent berechnet wurden. Dieser Pflicht kam die Bundesregierung nach. Doch SPD, Grüne und Linkspartei sind aus ideologischen Gründen gegen die Neuberechnung. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus.

Ideologie statt Gemeinwohl: SPD gegen Kinder, Arme, Kommunen

Dabei war die christlich-liberale Koalition dem Blockade-Linksbündnis aus staatsmännischer Verantwortung weit entgegengekommen: Der letzte Vorschlag der unionsgeführten Bundesregierung hätte vor allem die Städte und Gemeinden entlastet. Union und FDP hatten sich nämlich dazu bereit erklärt, sämtliche Kosten für das nochmals ausgeweitete Bildungs- und Teilhabepaket für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche aus dem Bundeshaushalt zu bestreiten. Darüber hinaus wollte die christlich-liberale Koalition den Kommunen die vollständige Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ab 2014 zusichern. Alleine diese Erleichterung der Städte und Gemeinden wäre mittelfristig über sieben Milliarden Euro pro Jahr wert gewesen.

Maximalforderungen aus taktischem Kalkül

Milliarden von Euro stellt die christlich-liberale Koalition zusätzlich für Kinder, Bedürftige und die Kommunen bereit. Dem SPD-Führungszirkel ist nur zu bewusst, was seine Blockadehaltung bedeutet: Aus taktischem Kalkül verhindert die SPD Bildungsleistungen für die junge Generation, Mindestlöhne für die Zeitarbeiter sowie massive Entlastungen der Städte und Gemeinden. Auch die taktische Wendung Gabriels, ein weiteres Vermittlungsverfahren zu fordern, unterstreicht nur erneut: Für die SPD stehen die Interessen der Partei über dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

KOALITION STEHT FÜR DEN MITTELSTAND EIN

„Rückgrat der Marktwirtschaft“

Der Mittelstand hat die Rückendeckung des Deutschen Bundestages. In einer vielbeachteten Parlamentsdebatte würdigten Redner von Union und FDP am Donnerstagvormittag den Beitrag des Mittelstandes zur Bewältigung der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen. Gleichzeitig forderten die Fraktionen der christlich-liberalen Koalition zahlreiche weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen für kleine und mittelgroße Unternehmen. Das oppositionelle Linksbündnis leistete dagegen keinen konstruktiven Beitrag zur Debatte.

Mehr Forschungsförderung für den Mittelstand

In der Diskussion über zusätzliche Entlastungen für den Mittelstand wurde vielmehr deutlich: Keine andere politische Kraft vertritt die Belange von Unternehmern so glaubwürdig wie die Union. Ihre Redner gingen treffsicher auf die Fragen ein, die den Mittelstand beschäftigen. So forderten sie die Bundesregierung etwa auf, eine auf den Mittelstand zugeschnittene steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Thema waren auch die steuer- und sozialrechtlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen, die die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auf fünf Jahre beschränkt sehen will.

Solider Mittelstand half Deutschland aus der Krise

Gleichzeitig zeigte die Debatte die Bedeutung des Mittelstandes für die deutsche Wirtschaft auf. Zwar blieb unbestritten, dass auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen von der guten konjunkturellen Entwicklung profitierten. Allerdings wurde ebenso deutlich, dass diese Entwicklung ohne die stabilisierende Kraft des Mittelstands nicht möglich gewesen wäre: „In der Krise hat sich der Mittelstand als Rückgrat der Sozialen Marktwirtschaft erwiesen.“ Zuletzt hatte das KfW-ifo-Mittelstandsbarometer einen neuen Rekordstand beim Geschäftsklima verzeichnet. Eine Vorbildfunktion nehmen die kleinen und mittleren Unternehmen auch in der aktuellen Debatte um den Anteil von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft ein. Jeder vierte mittelständische Betrieb geht auf die Gründung einer Frau zurück.

Interessen der Wirtschaft bei der Arbeitsmigration gewahrt

Vertreter der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag stellten in der Parlamentsdebatte noch einmal klar, dass das geltende Zuwanderungsrecht dem Mittelstand optimale Chancen für den Erwerb von Fachkräften eröffne. Schon heute kann jeder ausländische Bewerber zeitnah nach Deutschland einwandern, wenn seine Stelle durch keinen inländischen Kandidaten besetzbar ist. In manchen Fällen muss dieser Umstand überprüft werden, was dann jedoch häufig nur wenige Tage und in der Regel nicht mehr als vier Wochen in Anspruch nimmt. Diese Art der Regulierung, die jedem Einzelfall gerecht wird, liegt im Interesse aller Steuerzahler, da sie eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme ausschließt, gleichzeitig aber die Besetzung freier Stellen ermöglicht.